

Informationsblatt nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Landeshauptstadt Düsseldorf (planungsrechtliche Auskünfte und Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen)

Verantwortlich:

Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1-2
40213 Düsseldorf

Datenschutzbeauftragte Stelle:

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Düsseldorf
Zollstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 89-91
E-Mail: datenschutz07@duesseldorf.de

Zuständige Fachabteilung:

Stadtplanungsamt/Städtebauförderung (61/13)
E-Mail: planung@duesseldorf.de

Zwecke und Notwendigkeit der personenbezogenen Datenverarbeitung:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Bearbeitung von Anträgen und Anfragen für planungsrechtliche Auskünfte sowie zur Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts im Sinne des Baugesetzbuches und nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes sowie zur Erstellung der Gebührenbescheide.

Hierzu werden insbesondere folgende persönliche Identifikations- und Kontaktdaten verarbeitet: Vor- und Nachname des Antragstellers bzw. der Antragstellerin sowie beteiligter Personen, Adressen, Betriebsanschriften, E-Mail-Adressen und Telefonnummern sowie Angaben aus dem Liegenschaftskataster und Urkundenverzeichnisnummer und weitere Urkundendaten.

Für den Zahlungsverkehr werden Bankverbindungen/-daten verarbeitet. Daten über geleistete oder erstattete Beträge werden gespeichert und unterliegen der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist.

Rechtsgrundlagen:

Die Auskünfte und Bescheinigungen zu planungsrechtlichen Gegebenheiten sowie den gemeindlichen Vorkaufsrechten werden auf der Grundlage des jeweilig anzuwendenden Bundesrechts, insbesondere des Baugesetzbuches, und Landesrechts, insbesondere des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes, erteilt. Die Paragraphen sind

dem Online-Antrag zu entnehmen. Die Datenverarbeitung ist auf der Grundlage der gesetzlichen Vorgabe gem. Art. 6 Abs. 1 lit. C DS-GVO geregelt.

Weitergabe von personenbezogenen Daten:

Im Rahmen der Anfrage werden die Daten an diejenigen internen Stellen weitergegeben, deren Beteiligung oder Recherche für die Auskunft über den Vorgang vorgeschrieben ist oder ohne deren Stellungnahme die Bescheinigungsfähigkeit des Vorgangs nicht beurteilt werden kann.

Zudem sichert die Landeshauptstadt Düsseldorf zu, dass die Daten nur im Zusammenhang mit den oben genannten Zwecken verwendet werden.

Übermittlung an ein Drittland / internationale Organisation:

Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten ist nicht vorgesehen.

Speicherdauer bzw. -kriterien:

Die Daten werden gelöscht, wenn sie für die Bearbeitung des Antrags nicht mehr benötigt werden und die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

Betroffenenrechte:

Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)
Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)
Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Sie haben das Recht Beschwerden bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen zu erheben:

Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Tel.: 0211/38424-0
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.

Widerruf:

Die Erfassung der Daten zu den oben genannten Zwecken kann für die Zukunft widerrufen werden.

Die Daten dürfen ab dem Zeitpunkt nicht mehr verwendet werden. Dies hat zur Folge, dass der dazugehörige Antrag entsprechend zurückgezogen wird. Nach Bescheidung des Antrages kommt ein Widerruf nicht mehr in Betracht. Der Widerruf muss schriftlich erfolgen, es genügt die Mitteilung per E-Mail an die E-Mail-Adresse info@duesseldorf.de. Die Verarbeitung der Daten war bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.